

WDR-Tarifverhandlungen**Mehr vom Gebührenkuchen!**

Es ist schon komisch mit den Honoraren der Freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gibt's einen Aufschwung in Deutschland, kommt der auf dem Honorarbogen nicht an. Droht ein Abwärtsknick in der bundesrepublikanischen Wirtschaftsentwicklung, dann dürfen die Freien daran teilhaben.

Damit ist jetzt Schluss. Die Belastbarkeit der Freien ist an den endgültigen Grenzen angelangt. Der WDR legt Wert auf seriöse und hoch qualifizierte Berichterstattung. Den Freien Dienstleisterinnen und Dienstleistern aber wird immer mehr abverlangt. Mehr technische Arbeit, mehr Regie, mehr eigenständige Kameraführung, mehr Input fürs Internet und vieles mehr. Schaut man die Jahre zurück, dann lässt sich bilanzieren: Mehr Arbeit, aber nicht vergleichbar mehr Geld. Eher weniger, denn die ausgehandelten Honorarerhöhungen der vergangenen Jahre wurden in ganz vielen Redaktionen nicht auf die effektiv gezahlten Honorare weiter gegeben - ein realer Verlust war die Folge.

Viele Freie haben dies in der Vergangenheit mitgemacht. Der Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde geschätzt, seriöse Arbeit auch für kleineres Geld geleistet. Doch wer heute als Familienmutter oder -vater seine Familie vom Honorar finanzieren will, der weiß genau: Wir Freie brauchen endlich effektive Honorarsteigerungen. Denn die Kosten, die wir tragen müssen, sind in den vergangenen Jahren kräftig in die Höhe geschnellt.

Darum fordert ver.di für die Freien: 10 Prozent mehr Honorar und eine Einmalzahlung. Diese Einmalzahlung sichert, dass alle Freien von der ausgehandelten Tarifierhöhung profitieren können.

WAZ-Mediengruppe**Schrumpfen ohne Rücksicht**

Bei den Redakteurinnen und Redakteuren der Zeitungstitel Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung (NRZ), Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), Westfalenpost (WP) und Westfälische Rundschau (WR) geht es ums Ganze: Die vier Verlage in denen die Titel erscheinen gehören zur WAZ-Mediengruppe, einem der größten Medienkonzerne in Europa.

Seit die Geschäftsleitung den Kahlschlag verkündete, bauen die Redakteurinnen und Redakteure ihre Protest auf - wohl unterstützt von ver.di. Von rund 900 Redakteursstellen sollen zwischen 250 und 300 gestrichen werden. Ein Drittel - das ist ein medialer Arbeitsplatzabbau, den die Republik noch nicht gesehen hat.

Die Unternehmensberatung Schickler hatte der ach so notleidenden WAZ-Mediengruppe vorgeschlagen, 275 Stellen (inkl. der kaufmännischen Angestellten) zu streichen - davon 207 in den Lokalredaktionen und 68 im Mantel. Die vier Zeitungstitel sollen zu großen Teilen von gemeinsamen Schreibtischen aus produziert werden.

Das ist auch ein politisches Signal: Denn dahinter steckt das drohende Ende der publizistischen Vielfalt in der von der WAZ-dominierten Region. Zwar verspricht die Geschäftsleitung - noch -, dass man sich aus keiner Region zurückziehen werde. Doch wie Medien verkümmern, wenn eine Redaktion zwei Blätter bedient, das lässt sich schon andernorts erleben.

Parallel wird auch für die festangestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verhandelt. Da fordert ver.di pro Monat 300 Euro für jeden und zusätzlich eine Gehaltserhöhung von 3 Prozent.

Aus der WDR-Leitungsebene hört man bereits ein heftiges Durchatmen ob der Tarifforderungen für die Freien. Eine Erhöhung der Gehälter wird offensichtlich leichter akzeptiert als die Erhöhung der Honorare für die Freien. Das könne sich der Sender nicht leisten. Viele Freie aber können sich die Arbeit für den Sender bald nicht mehr leisten! Und da ist es allemal besser, für faires Geld etwas weniger zu arbeiten als für zu kleines Geld nicht mehr aus der Tretmühle herauszukommen und perspektivisch schlechtere Arbeit abzuliefern.

Hier ist der WDR - auch bei stagnierenden oder gar sinkenden Gebühreneinnahmen - gefordert, neue Konzepte für die Redaktionsarbeit zu entwickeln. Aber das ist nicht unser Job. **Darum bleibt es bei der Forderung: 10 Prozent plus Einmalzahlung.**

psch

Während die Festen Ihren Protest organisieren, herrscht bei den Freien derzeit eine Friedhofsruhe. Dabei wird auch Ihnen Arbeit genommen - weniger Redaktionen, das heißt auch weniger Beschäftigungsmöglichkeiten. Eine ganze Region verliert einen wichtigen Umsatzträger.

Solidarität (dieses Wort gewinnt wieder stärker an Wert, je mehr die soziale Marktwirtschaft ihre soziale Komponente verliert!) tut Not - hier geht es ums Ganze. An die 300 arbeitslose Journalistinnen und Journalisten, zig noch ärmere Freie wären die Folge einer Pressekonzentration, die bereits 1973 mit der Übernahme der Westfalenpost durch die WAZ begann.

Aktuelle Informationen unter www.medienmoral-nrw.de

Anlauf nehmen für die Verhandlungen

Am 7. Oktober hatte ver.di zu einer Freienversammlung in den Nato-Saal des WDR-Funkhauses eingeladen und erfreulich viele Freie waren gekommen. Hier sollte vor allem die anstehende Tarifrunde diskutiert werden sollte.

Zu dem Zeitpunkt stand die Forderung für die Festen mit 300 Euro Sockel plus 3 Prozent bereits fest - eine Forderung, die für die Freien im Volumen nach den Vorstellungen von ver.di auf jeden Fall gleich sein sollte. Die Diskussion war ziemlich lebhaft. Und die Tendenz eindeutig: Viele Freie haben den Eindruck, dass die Honorare beim WDR in den vergangenen Jahren eher gesenkt, statt angehoben wurden. So berichtete ein Freier zum Beispiel, dass er 1995 für einen Beitrag in der Fernseh-Sendung Markt 4.500 DM bekommen habe, heute beträgt das Honorar 2.000 Euro, also deutlich weniger als vor 13 Jahren.

Auf anderen Sendeplätzen wie zum Beispiel der ServiceZeit ist seit Jahren keine Erhöhung weitergegeben worden oder beim ZeitZeichen ist über die Zusammenlegung mit dem Stichtag das Honorar erheblich gekürzt worden. Auch die minimalen linearen Erhöhungen der letzten beiden Jahre von

1,2 und 1,5 Prozent sind bei vielen offenbar nie angekommen. Die Tendenz, so die Berichte der Freien, ist in vielen WDR-Redaktionen gleich: Mehr Leistung für weniger Geld!

Auch der von manchen Redakteuren immer wieder gern herbei zitierte Hinweis auf die vergleichsweise hohen WDR-Honorare ist da wenig tröstlich. Zum einen stimmt er teilweise gar nicht mehr. So sind zum Beispiel die Deutschlandfunk-Honorare durchaus auf Augenhöhe mit den WDR-Hörfunkhonoraren angekommen. Zudem sind die Arbeitsbedingungen in anderen ARD-Häusern anders. Denn viele Sender binden ihre festen Freien eng an einzelnen Redaktionen und beauftragen sie ganz regelmäßig mit hohen Verdienst-Garantien. Das ist beim WDR eher die Ausnahme. Eins steht jedenfalls fest: Die Unzufriedenheit der WDR-Freien ist in den letzten Jahren groß geworden.

Da die WDR-Honorare trotz steigender Lebenshaltungskosten (aktuell drei Prozent) eher sinken, diskutierte die Runde auf der Freienversammlung vor allem, wie man diesen Trend stoppen kann. Bekanntlich können die Gewerkschaften nur über Mindesthonorare verhandeln. Da der WDR so genannte Honorar-Spannen hat, also über dem Mindesthonorar bezahlt, muss der Sender die vereinbarte

lineare Erhöhung nicht in jedem Fall weitergeben.

Da hat in der Vergangenheit auch keine Protokoll-Notiz geholfen, die in etwa lautet: „Die Erhöhung ist in der Regel auf die tatsächlich gezahlten Honorare weiter zu geben und nur in begründeten Ausnahmefällen nicht“. Warum sich so viele Redaktionen nicht daran halten ist ungewiss. Fraglich ist zum Beispiel, ob die Etats der Redaktionen auch entsprechend erhöht werden, damit sie die Erhöhungen ohne Einbussen für das Programm weitergeben können. Da gibt es durchaus widersprüchliche Aussagen von Verantwortlichen im Sender.

Die Vor- und Nachteile von Einmalzahlungen wurden ebenso debattiert, wie Möglichkeiten, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, also etwa Demonstrationen oder punktuelle Streiks. Auch über einzelne Aktionen, etwa die Veröffentlichung der „dicksten Klöppe“ aus den WDR-Redaktionen wurde gesprochen.

Zudem haben wir den Aufbau eines Mailing-Verteilers beschlossen, um gezielt Informationen rund zu schicken. Im Januar/Februar wollen wir uns wieder zu einer Freienversammlung treffen.

Anja Arp

Rundfunkrat

Mitglieder informierten sich über Freie

Einblicke in den Alltag der Freien - den erhielten WDR-Rundfunkratsmitglieder während einer Vorbereitungssitzung der „Grauen“. In diesem Arbeitskreis treffen sich all die, die ohne Parteiticket von den so genannten „gesellschaftlich relevanten“ Gruppen in den Rundfunkrat entsandt wurden, also beispielsweise von den Sportverbänden, von Kirchen, Gewerkschaften, Umweltverbänden... (eine komplette Mitgliederliste gibt es unter www.wdr.de - Rubrik Unternehmen).

Als der Hörfunkfreie Achim Nuhr und der Fernsehfreie Ekkehard Wolff nach einer Stunde die Sitzung verließen, hatte sie ihre Zeit kräftig überzogen. Doch die Rundfunkratsmitglieder nutzten die Chance, fragten nach und waren wirklich interessiert und auch betroffen. Denn die beiden Journalisten konnten deutlich machen, dass sie nun wirklich nicht zu viel verdienen. So berichtete Achim Nuhr, dass er seine aufwändigen Feature nur dank komplizierte Kooperationen und Verhandlungen mit zig verschiedenen ARD-Sendern realisieren kann. Durch seine An-

merkungen wurde deutlich, dass durch die Online-Nutzung und -Verbreitung künftig solche Arbeiten nicht mehr wirtschaftlich realisierbar sind. Und Ekkehard Wolff berichtete über den Alltag und die oftmals schwierigen Verhältnisse im PB IV.

Bereits einen Tag zuvor hatten Freie das Gespräch mit dem Rundfunkratsvorsitzenden Reinhard Grätz gesucht. Auch sie schilderten die wirtschaftlich schwierige Lage der Freien, dieses Mal in der ServiceZeit (der Freibrief berichtete in der vergangenen Ausgabe).

All diese Gespräche bessern die Situation nicht sofort. Doch sie schaffen Verständnis für die Forderungen der Freien. Klar ist den Rundfunkratsmitgliedern geworden, dass die Freien sich zwar gerne engagieren, dass sie aber eine faire Bezahlung benötigen. In das Geschäft der Tarifparteien darf sich das Aufsichtsgremium nicht einmischen, doch die Forderungen nach einem Arbeitgeber, der sich auch seinen Freien verpflichtet fühlt, die darf er stellen. Wohl wissend, dass die Freien das Programm prägen.

psch

Kampf im Osten

Auch im Osten Deutschlands geht es ans Eingemachte. Als Privatunternehmen wäre der Rundfunk Berlin-Brandenburg wohl schon im Insolvenzverfahren - doch die kräftige Unterstützung anderer ARD-Anstalten erhält dem öffentlich-rechtlichen Hauptstadt-Sender die Lebensfähigkeit. Nicht aber den Freien im Großraum Berlin.

Der RBB will sparen - und da sollen die Freien trotz heute schon knappster Honorare kräftig mithelfen. Radio multikulti wurde eingestellt, die Leitung des Hauses schickte den Freien neue Honorarvereinbarungen. Zuerst hieß es: Wer nicht unterschreibt, ist ab dem 1. Januar 2009 nicht mehr auf Sendung. Dies Ultimatum ist zurückgenommen, aber die dreisten Forderungen liegen immer noch auf dem Verhandlungstisch. Verschlechterungen im Vergleich zu anderen ARD-Sendern will die RBB-Leitung einführen. Zum Beispiel:

- will der RBB für die Online-Nutzung nur 2,5 Prozent Honorarzuschlag für eine Nutzung nach Ablauf von sieben Tagen zahlen. Die tarifvertraglich geregelten Bedingungen sehen eine zusätzliche Vergütung von 4,5 Prozent nach Ablauf des auf die Sendung folgenden Tages vor.

- sollen die Freien Kolleginnen und Kollegen nahezu uneingeschränkt haften. Die tarifvertraglich geregelten Bedingungen beschränken die Haftung in weiten Teilen auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz.

Buchproduktion

Bücher selbstgemacht

Man fühlt sich ein wenig an den Heimwerkermarkt erinnert. Denn Bücher kann man sich auch fast selbst basteln. Wer sich an die Gebrauchsanweisung hält, dem kann ein ganz ordentliches Exemplar gelingen. „Book on demand“ („Buch auf Bestellung“) erlaubt kleine Auflagen im Selbstverlag oder auch bei entsprechend spezialisierten Verlagen. Was nicht ins Programm großer Verlage passt, kann hier seinen Platz finden.

Große Reichtümer kann man nicht damit scheffeln - aber vielleicht beweisen, dass ein Buch für einen Nischenmarkt eben auch so publiziert werden kann. Und wer weiß, wann der erste Bestseller-Autor sich übers Internet etabliert? Die Musikbranche kennt und fürchtet diese Entwicklung ja bereits.

Risikolos ist das Geschäft nicht, man kann ordentlich drauf zahlen. Denn es gibt die unterschiedlichsten Angebote, alle zu finden bei einer ausführlichen Internet-Recherche. Da gibt es die Verlage, die den Autorinnen und Autoren den Druck ihres Traumbuches erst dann ermöglichen, wenn sie den Druck vorfinanzieren. So etwas kennt man noch aus alter Zeit, als Doktoranden ihre Habilitationsschriften für teuer Geld publizieren durften. Doch mit diesem Anspruch wird sich heute wohl kein professioneller Autor an die Arbeit machen. Vielleicht lässt sich nur wenig Geld mit dem eigenen Buch verdienen, aber gleich tausende Euros draufzahlen, das muss nicht sein.

Beim klassischen Buch auf Bestellung hält ein Anbieter die Druckdaten bereit, auf Bestellung wird gedruckt und ausgeliefert. Das kostet eventuell Zeit für die Kundschaft, die ein wenig auf das Druckwerk warten muss. Aber es ist prinzipiell eine günstige Angelegenheit. Der Freibrief hat mal durchkalkuliert.

Bei der Norderstedter „Books on Demand GmbH“ würde ein 80seitiges Buch, komplett schwarz/weiß und in der günstigsten Taschenbuchvariante gedruckt bei einem Verkaufspreis von zehn Euro dem Autoren oder der Autorin 3,27 Euro „Autorenhonorar“ bringen. An laufenden Kosten verlangt das Unternehmen 1,99 Euro pro Monat dafür, dass die Buchdaten auf dem Server abgelegt und für den Druck zur Verfügung stehen. Wer allerdings über den Buchhandel beziehbar sein will, zahlt schon 39 Euro, wer ein Exemplar zur Freigabe vorher lesen will und auch persönliche Beratung wünscht, zahlt 399 Euro. Hier müssen - unabhängig von der monatlichen Datengebühr - über 120 Bücher verkauft werden, damit die Freien zumindest die fixen Kosten gedeckt haben. Die Arbeitszeit ist dabei nicht einkalkuliert.

Nach dem Motto „von Nichts kommt nichts“ arbeitet auch die Berliner Pro BUSINESS GmbH. Für das gleiche Buch bietet das Berliner Unternehmen den Autoren pro Buch ein Honorar von 2,38 Euro brutto. Auch muss man sich bei diesem Anbieter gleich von Beginn an für eine Startauflage entscheiden, die komplett zu bezahlen ist. Dazu kommt ein Verlags- und Beratungsservice von 470 Euro. Bei den Berlinern muss bei 100 Büchern Startauflage gleich mit Fixkosten von 831 Euro

- will der RBB Wiederholungsvergütungen in anderen Programmen des RBB erst für Wiederholungen vier Wochen nach der Erstnutzung zahlen. Beim WDR zum Beispiel fallen diese Vergütungen bereits nach einem Tag an.

Die RBB-Freien sie wissen sich zu wehren. Im Oktober wurde zu einem gemeinsamen Urlaubstag aufgerufen, kontinuierlich werden kreative Protestformen ausprobiert. Anfang Dezember musste eine Lokalsendung - vergleichbar der Aktuellen Stunde - größtenteils mit filmischen Konserven bestückt werden. Die Freien waren unpässlich.

Dieses Beispiel macht deutlich: Es geht bundesweit ums Ganze. Der Druck steigt, wenn die Freien sich jetzt nicht wehren, dann droht Ihnen, sich künftig von den Almosen des Senders ernähren zu müssen. Denn selbst ein Jahr lang Arbeitslosengeld gibt es für die meisten nicht. Und ergänzend ALG II zu beantragen, das kann auch nicht die Lösung sein. psch

inclusive Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten gerechnet werden. Dafür aber ist noch kein Büchlein verkauft - bei dem kalkulierten Autorenhonorar sind also 350 Bücher an den Mensch zu bringen, bis der erste Gewinncent in der Börse landet. Weil die aber noch produziert werden müssen, kosten die schon fast 1.500 Euro plus Versand... - also dauert es doch noch etwas, bis mensch in die Gewinnzone kommt.

Günstiger scheint das Angebot der NRW-Firma Shaker Media GmbH aus Herzogenrath bei Aachen zu sein. Auch hier wieder: 80 Seiten, schwarz/weiß, preisgünstigste Produktion und ein Verkaufspreis von 10 Euro. Hier gibt es zwar pro verkauftes Buch nur ein Autorenhonorar von 1,28 Euro beim Verkauf über den Buchhandel. Dafür aber verfügt das Buch direkt über ISBN, der Verlag übernimmt Druck, Vertrieb und verspricht in Absprache Rezensionsexemplare. Eine Kleinauflage liegt immer gebührenfrei auf Lager, damit die Kundschaft schnell beliefert werden kann. Beratung gehört hier zumindest in den Grundlagen zum Service, berichtet Joseph Lammertz aus der shaker-Autorenbetreuung: „Wir drucken nicht einfach das, was uns geschickt wird, sondern überprüfen Gestaltung und Qualität - schließlich steht ja auf dem Buch auch unser Verlags-Name.“ Eine ISBN-Nummer gehört ebenfalls zum Verlagsservice wie das Korrektorexemplar vor der endgültigen Fertigstellung. Damit ist das finanzielle Risiko gleich Null, die Verdienstchancen aber auch nicht so üppig. psch

Mehr Infos:
www.bod.de
www.book-on-demand.de
www.shaker-media.de

Unruhe vor Weihnachten

In der Woche vor Weihnachten scheint sich endlich Klärung anzubahnen. Bis auf weiteres bleibt alles, wie es ist: Auch unständig Beschäftigte erhalten künftig ab dem 1. Tag Krankengeld. Fast wäre alles anders gekommen - offensichtlich ohne großes Nachdenken hatte die Bundesregierung bei der Novellierung der Krankenversicherungs-Regelungen die unständig Beschäftigten vergessen. Denen drohte der Verlust jeglichen Schutzes.

Und so kams: Am 1. Januar 2009 treten die neuen Regelungen im Bereich der Krankenversicherung in Kraft. Für Versicherte der Künstlersozialkasse ändert sich nichts Grundlegendes - ab dem 43. Tag gibt es Krankengeld, wenn keine Zusatzversicherung abgeschlossen wurde. Das sind klare Verhältnisse - und die bleiben auch so klar.

Schwieriger schien es für viele Freie der öffentlich-rechtlichen Sender. Wer über WDR oder Deutschlandfunk beispielsweise Sozialabgaben bezahlte, erhielt laut der Regelung aus dem Jahr 2008 nach nur wenigen Tagen Krankengeld von der Kasse und eine Ergänzung des Senders. Dies sicherte das finanzielle Überleben während der Zeit im Krankenhaus oder im heimischen Krankenbett.

Ab 1. Januar aber war geplant: Mitarbeiter, die über die Arbeitgeber in der gesetzlichen Krankenversicherung sind, erhalten von Krankenkasse kein Krankengeld mehr. Es sei denn, sie haben einen Wahltarif gewählt, also eine freiwillige Versicherung zur Leistung von Krankengeld. Die kostet aktuell je Monat (!) zwischen rund 70 und über 300 Euro.

Das hätte zu absurden Situationen führen können: Der schwer erkrankte unständig Beschäftigte schleppt sich nach drei Wochen zumindest einen Tag auf die neu eingerichtete WDR-Quarantäne-Station, um Telefondienst zu leisten. Tut er das nicht, fliegt er aus der Versicherung. So bleibt er wenigstens drin, seine teuren Medikamente werden bezahlt. Das aber kann sicher keine Lösung sein.

Fürs erste scheint das Chaos abgewendet. Ein Weihnachtsgeschenk für alle Betroffenen. Erstmals. Denn jetzt heißt es: Bereits zum 1. Januar 2009 sollen die Betroffenen nach einem Vorschlag des Gesundheitsministeriums ein Wahlrecht bekommen: entweder eine Versicherung des Krankengelds zu heutigen Konditionen ab der siebten Woche oder ein geringerer Beitragssatz mit Zusatzversicherung. Dies soll nach Worten von Marion Caspers-Merk, parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, im Frühjahr rückwirkend zum Jahresbeginn 2009 gesetzlich festgelegt werden. Der Freibrief wird weiter informieren, was das genau heißt.

psch

Freienversammlung WDR

Vor der Tarifrunde

Die Tarifverträge sind überall - so auch beim WDR - gekündigt, die bundesweit einheitliche ver.di-Kampagne zur Tarifrunde ist angelaufen. Die Forderungen liegen vor (s. Seite 1).

Über den Weg und die Möglichkeiten, die Forderungen (plus 10 Prozent für die Freien sowie eine Einmalzahlung) zu erreichen, muss geredet werden. Und zwar auf der Freienversammlung.

Termin: 26. Januar 2009, 18 Uhr, Nato-Saal im WDR-Funkhaus (Köln)

Freienberatung

Fragen zu Urheberrecht, Honoraren, Einstiegs- und Versicherungsfragen - und all das, was sich an Problematiken rund um den Freien Journalismus rankt? Egal, ob Hörfunk, TV, Print, Internet oder PR - alle Fragen sind erlaubt. ver.di bietet seinen Mitgliedern eine persönliche Beratung an. Kontaktaufnahme bitte über den Landesfachbereich Medien unter T: (02 11) 6 18 24-333.

Die **Technik-Beratung** wird ebenfalls vom Landesfachbereich Medien organisiert. Anmeldung auch unter (02 11) 6 18 24-333 - hier werden die Termine individuell mit den Beratern abgestimmt.

Eine weitere Anlaufstelle für Freiberufler ist das Beratungsnetzwerk mediafon:

www.mediafon.net/index.php3

Neben persönlicher Beratung, die nur **für Mitglieder der Gewerkschaft ver.di kostenlos** ist, sind auf der Internetseite viele Informationen zu finden. Auf der Website ist auch eine Übersicht über alle Änderungen, die sich gegenüber im **Ratgeber Freie** der letzten Druckauflage (Stand: 1.4.2002) ergeben haben

Alle NRW-ver.di-Mitglieder, die - teilweise oder komplett - als SchauspielerInnen, SängerInnen, MusikerInnen, TänzerInnen, AutorInnen, BildhauerInnen, MalerInnen Fragen zu ihrem künstlerischen Bereich (und nur zu dem!) und zu aller damit zusammenhängenden Bürokratie, erhalten bei Stefan Kunz eine Gratis-Beratung. Bitte statt auf einen Rückruf zu warten, lieber nach Anrufbeantworterkontakt noch einmal selbst anrufen! Mitgliedsnummer bereithalten. Telefon: (0 22 02) 70 88 70

Anzeige

Platz frei

Journalistenbüro in Köln City hat ab April 2009 einen Arbeitsplatz frei, in geräumigem Zweierzimmer. Grosses Fenster zum ruhigen grünen Hinterhof. Nichtraucher. Nähe Friesenplatz, WDRnah. Wir sind mit Dir zusammen 7 JournalistInnen für Print, Hörfunk und TV.
Kosten: circa 195 Euro warm

Interessenten melden sich bei:

Marion Fischer 0221/ 31 09 881
marion.fischer@media36.de
oder
Nicole De Bock 0221/ 310 94 99
debock@freenet.de

Impressum:

Der „Freibrief“ ist eine Zeitschrift für freiberufliche Mitglieder der ver.di, Fachgruppe Medien - in NRW. Er ist online verfügbar unter www.freienseiten.de sowie über die Internet-Präsenz der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di unter www.dju-nrw.verdi.de/freelancer. Außerdem steht eine Druckauflage für den Postversand (Preis: 1,50 Euro/Stück) zur Verfügung. Abo-Anfragen bitte an Jutta Klebon (v.i.S.d.P.), c/o ver.di Landesbezirk NRW, Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf, T: (02 11) 6 18 24-333, F: (02 11) 6 18 24-468, E-Mail: jutta.klebon@verdi.de

Satz: CE Grafik Design, Carsten Engels, Gummersbach, Telefon: (0 22 61) 2 99 66

Redaktion: Journalistenbüro profil, Peter Schmidt, Bismarckstr. 1, 51643 Gummersbach, T: (0 22 61) 92 62 10, E-Mail: psch-profil@t-online.de

Wir freuen uns immer neu über Anregungen, Beiträge und Terminhinweise. Schließlich ist der Freibrief von Freien für Freie gemacht.